

Bern, 01. Februar 2012

## Medienmitteilung

### **Angebotsmieten deutlich über Bestandesmieten: MVB fordert Massnahmen**

**Mit grossem Interesse hat der Mieterinnen- und Mieterverband Kanton Bern (MVB) Kenntnis genommen vom heute veröffentlichten Bericht „Wohnungsmarktbeobachtung“ der Stadt Bern. Bei der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt werden die Mieten bei Mieterwechsel oft massiv erhöht.**

Die Lage auf dem bernischen Mietwohnungsmarkt ist seit Jahren angespannt. Die Leerwohnungsziffer in der Stadt Bern ist und bleibt weit unter 1 %. Das spüren Mieterinnen und Mieter nicht nur auf der Wohnungssuche, sondern auch beim Abschluss eines Mietvertrags: Auf dem heute ausgetrockneten Wohnungsmarkt schlagen Vermieter bei der Anfangsmiete durchschnittlich dreimal mehr drauf als noch vor zehn Jahren. Es braucht diverse Massnahmen, welche den Mietwohnungsmarkt entspannen und den Druck auf die Mietzinse dämpfen. Der MVB fordert deshalb:

- Der Anfangsmietzins soll künftig mit einem amtlichen Formular gemäss Artikel 269d OR angezeigt werden. Nach geltendem Recht können die Kantone für ihr Gebiet oder einen Teil davon die Verwendung des amtlichen Formulars beim Abschluss eines neuen Mietvertrages für obligatorisch erklären. Leider haben nur wenige Kantone von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, obwohl die präventive Wirkung dieser Formularpflicht nicht zu unterschätzen ist.
- Dank der Formularpflicht würden Mietzinsanpassungen bei Vertragsabschluss offengelegt werden. Die Mieterinnen und Mieter sollen die Höhe der Vormiete kennen und auf ihr Recht aufmerksam gemacht werden, gegenüber der Vormiete deutlich erhöhte oder allgemein übersetzte Mieten anzufechten. Die Pflicht des Vermieters, die Vormiete offen zu legen, hat zugleich eine mietzinsdämpfende Wirkung.
- Die Schaffung neuer Wohnungen mittels forcierter Wohnbauförderung würde den Druck auf die Anfangsmietzinse reduzieren. Letztlich ist ein genügendes Wohnungsangebot, sprich ein spielender Wohnungsmarkt, die beste Voraussetzung für vernünftige und tragbare Mietzinse.

Die Wohnkosten stellen in den allermeisten Haushaltsbudgets den grössten Ausgabenposten dar und sind deshalb von grosser sozialer Bedeutung. Umso stossender ist es, dass mit Ausnahme von gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften zunehmend mehr Vermieter fast jede Gelegenheit nutzen, die Mietzinse nach oben anzupassen. Die Folge ist, dass immer mehr urbane Wohnquartiere für tiefe und mittlere Einkommen unerschwinglich werden.

#### Rückfragen

Evi Allemann, Nationalrätin und Präsidentin, MV Kanton Bern

079 560 72 94

Margrith Beyeler, Geschäftsleiterin, MV Kanton Bern

079 259 30 59